



HESSISCHER LANDTAG

17. 07. 2017

SIA

Berichts Antrag der Abg. Schott (DIE LINKE) und Fraktion betreffend Pflegemissstände in stationären Pflegeeinrichtungen

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche Prüfungen wurden von der Heimaufsicht in der Seniorenresidenz Hattersheim mit welchem Ergebnis in den Jahren 2015 bis 2017 durchgeführt?
2. Welche Stellungnahmen zu Pflege- und Dokumentationsmängeln wurden vonseiten des Heimes/des Heimträgers MEDIKO abgegeben?
Welche Vorwürfe wurden eingeräumt?
Welche Vorhaltungen wurden zurückgewiesen?
3. Wurden vonseiten des Pflegeheims bzw. des Trägers Maßnahmen ergriffen, um die von Töchtern von Heimbewohnerinnen gemachten Vorwürfe zu entkräften und Abhilfe zu schaffen?
4. Inwiefern war die Untersagung des Heimbetriebs bei der Beaufsichtigung in Betracht gezogen worden?
5. Wie viele Prüfungen erfolgten in den Jahren 2010 bis 2017 in stationären Pflegeeinrichtungen in Hessen mit welchen Ergebnissen?
In welchem Zeitraum erfolgten wiederkehrende Prüfungen?
Wie viele Prüfungen waren anlassbezogen und aus welchen Gründen?
Welche Prüfungen wurden angemeldet, welche unangemeldet durchgeführt?
6. Wurden Bußgelder - und wenn ja, in welcher Höhe - durch die Heimaufsicht verhängt?
7. Wurden Auflagen - und wenn ja, welcher Art - verhängt?
In wie vielen Fällen drohte eine Schließung der Einrichtung?
In wie vielen Fällen wurden sie durchgeführt?
8. Welche mitteilungspflichtigen Tatsachen im Sinne des § 10 Abs. 7 Nr. 2 i.V.m. § 11 Nr. 3 HGBP wurden in den Jahren 2015 bis 2017 der Heimaufsicht mitgeteilt?
9. In welchen und wie vielen Fällen wurden erhebliche Personalengpässe in welchem Umfang mitgeteilt?
Welche Maßnahmen wurden vom Träger vorgenommen, welche von der Heimaufsicht auferlegt?
10. In welchen und wie vielen Fällen wurde der Ausfall der Einrichtungsleitung oder der ständig verantwortlichen Pflegefachkraft mitgeteilt?
Welche Maßnahmen wurden vom Träger vorgenommen, welche von der Heimaufsicht auferlegt?
11. Welche Hinweise hat die Landesregierung bzw. die Heimaufsicht erhalten, dass Leistungen von stationären Pflegeeinrichtungen bei der Pflege- oder auch Krankenversicherung abgerechnet, aber nicht erbracht wurden?
12. Welche Hinweise hat die Landesregierung bzw. die Heimaufsicht, dass von hessischen stationären Einrichtungen Leistungen nach § 87b SGB XI (Vergütungszuschläge für zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen) abgerechnet, aber nicht erbracht wurden?
Welche Prüfungen gibt es hierzu?

13. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung entwickelt, um zu überprüfen, dass eine gewaltfreie und menschenwürdige Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen erfolgt?
Inwiefern wird die Pflicht zur Schulung überprüft?
Was passiert bei nicht stattgefundenen oder nicht ausreichenden Schulungen?
Welche Programme hat die Landesregierung entwickelt, um freiheitsentziehende Maßnahmen zu verhindern?
14. Wie viele Anträge wurden in Hessen in den Jahren 2015 bis 2017 zur Genehmigung von welchen freiheitsentziehenden Maßnahmen in stationären Pflegeeinrichtungen gestellt?
Wie viele wurden für welche Zeiträume genehmigt?
Wie viele wurden für welche Zeiträume abgelehnt?

Wiesbaden, 17. Juli 2017

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende:
Schott